



Präsidentin des Bundesrates
Frau Ministerpräsidentin Malu Dreyer
Staatskanzlei Rheinland-Pfalz
Peter-Altmeier-Allee 1
55116 Mainz

Geschäftsstelle:
Kurt-Schumacher-Platz 9
44787 Bochum

Tel.: (0234) 640 65 72
Fax: (0234) 640 89 70

E-Mail: bgt-ev@bgt-ev.de
Internet: www.bgt-ev.de

Geschäftsführer:
Karl-Heinz Zander

Datum: **24. Mai 2017**

Bundesrat, 07. Juli 2017 - Zustimmungspflichtiges Gesetz

Sehr geehrte Frau Bundesratspräsidentin,

der Bundestag hat in seiner Sitzung vom 18. Mai 2017 im Rahmen des *Gesetzes zur Verbesserung der Beistandsmöglichkeiten unter Ehegatten und Lebenspartnern in Angelegenheiten der Gesundheitsvorsorge* u.a. eine Erhöhung der seit 2005 unveränderten Vergütungssätze für beruflich tätige Betreuerinnen und Betreuer um 15 % beschlossen. Dieses Gesetz bedarf der Zustimmung des Bundesrates, weshalb Ihnen in den jetzt anstehenden Abstimmungsprozessen eine besondere Verantwortung zukommt.

Nach unserer Wahrnehmung kommt aus einigen Landesjustizministerien heftiger Widerstand gegen die von der Bundesregierung und allen Fraktionen des Bundestages auf den Weg gebrachte Vergütungserhöhung. Dabei wird die Seriosität und Repräsentativität einer vom BMJV im Benehmen mit den Bundesländern beauftragten rechtstatsächlichen Untersuchung zur Qualität in der Betreuung in Frage gestellt.

Diese Untersuchung weist in ihrem zweiten Zwischenbericht nach, dass eine große Lücke zwischen tatsächlich geleistetem und vergütetem Aufwand bei den Vereinen und bei den beruflichen Betreuerinnen und Betreuern klafft. Die allgemeine Preissteigerung der letzten zwölf Jahre und die Einkommensentwicklung vergleichbarer Berufe macht den Handlungsbedarf deutlich.

Wenn es jetzt nicht zur vorgesehenen Vergütungserhöhung kommt, wird die Funktionsfähigkeit des Systems Betreuung in Frage gestellt und alle diejenigen Betreuerinnen und Betreuer entmutigt, die seit Jahren unter hohem persönlichen Einsatz qualifizierte Betreuungsarbeit leisten.-Wir befürchten einen erheblichen Flurschaden, weil zahlreiche Betreuungsvereine und selbständig tätige Berufsbetreuerinnen und Berufsbetreuer wirtschaftlich nicht mehr tragfähig arbeiten können.

Vorsitzender:
Peter Winterstein, SCHWERIN

Stellv. Vorsitzende:
Andrea Diekmann, BERLIN
Volker Lipp, GÖTTINGEN
Annette Loer, HANNOVER

Schatzmeister:
Gerold Oeschger, RADOLFZELL

Beisitzer:
Dagmar Brosey, KÖLN
Barbara Dannhäuser, DÜSSELDORF
Klaus Götz, STUTTGART
Uwe Harm, BAD SEGEBERG
Christoph Lenk, HAMBURG
Stephan Sigusch, OSCHERSLEBEN
Helga Steen-Helms, WIESBADEN
Ulrich Wöhler, HILDESHEIM

Bankverbindung:
Bank für Sozialwirtschaft Köln
BIC: BFSWDE33XXX
IBAN:
DE73 3702 0500 0008 2767 01

Steuernummer:
306/5808/0290



Betreuungsvereine, die auch für die Beratung und Unterstützung der über 600.000 ehrenamtlichen Betreuer stehen, können die tariflich vorgesehenen Gehälter nicht mehr zahlen. Angesichts der allgemeinen Preissteigerung können selbständige Berufsbetreuer die notwendige Infrastruktur nicht mehr finanzieren. Die Folge werden weitere Schließungen von Betreuungsvereinen und die Aufgabe von Betreuungsbüros sein, die angesichts der nachgewiesenen Altersstruktur nicht ausreichend durch qualifizierten Nachwuchs kompensiert werden können. Die Qualität der Betreuungsarbeit wird dramatisch leiden und am Ende werden die kommunalen Betreuungsbehörden als „Ausfallbürgen“ eintreten müssen mit deutlich höheren Kosten für die öffentlichen Haushalte.

Wir appellieren an Sie, auf eine Zustimmung Ihres Landes und eine Mehrheitsbildung im Bundesrat hinzuwirken.

Mit freundlichen Grüßen

Betreuungsgerichtstag (BGT e.V.)
Bundeskonzferenz der Betreuungsvereine (BuKo)
Bundesverband der Berufsbetreuer/innen (BdB e.V.)
Bundesverband freier Berufsbetreuer (BVfB e.V.)